



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Januar 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 230 Postulat Rüttimann Daniel und Mit. über die zu verstärkende, sichtbare, präventive Polizeipräsenz, eine damit verbundene Aufstockung des Polizeikorps und eine grössere Patrouillen-Präsenz im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Peter Fässler beantragt Ablehnung.

Daniel Rüttimann ist mit der teilweisen Erheblicherklärung einverstanden.

Peter Fässler: Ich spreche im Namen einer grösseren Minderheit der SP-Fraktion, die dieses Postulat ablehnt. Es wird Sie vielleicht wundern, dass sich ein Teil der SP-Fraktion gegen das Anliegen des Postulanten wehrt, ist es doch die SP, die sich seit allzu vielen Jahren immer in den Budget- und AFP-Prozessen und bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Erhöhung der Polizeikräfte einsetzte – leider nicht so erfolgreich, wie wir uns das gewünscht hätten und immer noch wünschen. Apropos wundern: Wir wundern uns schon oder auch nicht, dass das Begehren nach mehr Polizeipräsenz auf diesem Weg daherkommt und nicht in der Budget- und AFP-Debatte. Dort könnte man Nägel mit Köpfen machen und verbindlich fordern, dass das Polizeikorps endlich zu seiner nötigen personellen Verstärkung kommt. Was im Postulat gefordert wird, ist doch nur Schönfärberei. Damit ist niemandem geholfen, zuallerletzt der Polizei. Auch die Regierung meint ja, dass das Postulat als erfüllt angesehen werden kann. Jedenfalls interpretiere ich die Antwort so. Alles in Butter: die Zahl der Staatsanwälte für Cyberkriminalität ist erhöht, das Sicherheitszentrum in Rothenburg in Planung und eine gemeinsame Leitstelle mit anderen Kantonen und Organisationen ebenfalls. Die Bevölkerung fühlt sich sicher, die Interventionszeiten sind akzeptabel. Die Gewaltvorfälle sind unter dem schweizerischen Mittel, Freude herrscht. Ob beim Gros der Polizeimannschaft wohl auch so viel Freude herrscht? Und noch ein weiterer Ablehnungsgrund: Wir müssen der Polizei nicht sagen, wo sie ihre Leute einsetzen soll. Sie kennt die Brennpunkte im Kanton, in den Ortschaften, auf den Strassen, in Lokalitäten und nicht zuletzt im Internet. Was die Polizei braucht, ist mehr Personal in verschiedenen Bereichen. Dies aber verwehren wir ihr seit Jahren – ein zermürendes Hin und Her mit Aufstockungszusicherungen einhergehend mit Personalabbaumassnahmen. Die Zahlen in den verschiedenen Berichten, Botschaften und Aufgaben- und Finanzplänen (AFP) usw. sind in unserem Kanton nichts wert. Lieber sucht die Regierung weitere Synergiemöglichkeiten, Organisationsentwicklungen und Optimierungen, um diese Organisation wie eine Zitrone noch mehr auszupressen. Lehnen Sie deshalb das Postulat ab.

Daniel Rüttimann: Ich bedanke mich bei der Regierung und beim zuständigen Departement für die umfassende Stellungnahme zu diesem Vorstoss. Machen wir uns nichts vor, unsere aktuelle Situation ist insgesamt sehr friedlich, und das ist erfreulich. Trotzdem können wir im Bereich Sicherheit – ob Polizei, Feuerwehr oder Hochwasserschutz – nicht erst dann reagieren, wenn bereits etwas vorgefallen ist. Es braucht passende präventive

Massnahmen, und dazu gehört das Polizeiwesen. Ich spreche hier auch aus der Praxis als für die Sicherheit zuständiger Gemeinderat mit langjähriger Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Blaulicht-Organisationen. Fakt ist, die Luzerner Polizei macht ihren sicherlich nicht immer einfachen Job insgesamt sehr gut. Aus meiner Sicht sind zwei der drei Themen in der regierungsrätlichen Stellungnahme detailliert und schlüssig behandelt. Das ist erstens die Personalaufstockung, die angedacht ist, doch da beurteile ich weiterhin die Ressourcen für die Präsenz als zu tief. Vergleichen wir doch die Zahlen von Luzern mit dem schweizerischen Durchschnitt. In Luzern kommt ein Polizist auf 617 Einwohner, schweizweit liegt man hier bei 454. Das ist ein Unterschied von 163 Personen oder 36 Prozent. Das zeigt einerseits auf, dass der Kanton Luzern diesbezüglich unterdurchschnittlich bestückt ist, andererseits sind wir Luzerner wahrscheinlich auch etwas anständiger als der schweizerische Durchschnitt. Zweitens sind bezüglich der Patrouillentätigkeit bereits Optimierungen angedacht. Bei diesen beiden Punkten gibt es aus verschiedenen Gründen bereits zeitliche Verzögerungen. Diese sind aber im politischen Prozess begründet, nachvollziehbar aufgezeigt und erklärbar. Der entscheidende Punkt liegt beim Rekrutierungsprozess in der Nachwuchsförderung. Hier ist mit der Organisationsentwicklung (OE) 2030 ein Konzept vorhanden. Die Wichtigkeit meines Anliegens ist darin abgebildet. Unzweifelhaft stellt eine genügend sichtbare Polizeipräsenz ein wichtiges Thema dar und ist ein grosses Bedürfnis der Bevölkerung. Mit der jetzigen Situation rund um Covid-19 wird der finanzielle Rahmen noch einmal enger. Das heisst für mich, dass dem Sicherheitsaspekt jetzt erst recht Priorität beigemessen werden muss. In diesem Bereich brauchen wir Stabilität und Verlässlichkeit. Ich nehme noch kurz Bezug auf einen kritischen Leserbrief vom November 2020 in der «Luzerner Zeitung» mit dem Titel «Sicherheit ist ein kostbares Gut und darf deshalb auch etwas kosten». Das Thema ist somit weiterhin politisch aufmerksam zu verfolgen, so wie es die Regierung in ihrer Antwort verspricht und plant. Vom Vorredner haben wir gehört, dass uns dies sicher bei den nächsten Budgetdiskussionen beschäftigen wird. Wir tun uns als Parlament und auch der Bevölkerung einen wertvollen Dienst, wenn wir präventiv und ausreichend für gute Rahmenbedingungen in der Sicherheitspolitik sorgen. Ich bin mit der teilweisen Erheblicherklärung einverstanden.

Mario Cozzio: Die GLP anerkennt die Aufgabe des Staates, unsere Grundrechte zu schützen und Sicherheit zu garantieren. Dass eine sichtbare und spürbare Präsenz der Polizei eine gewisse Legitimation hat, ist unbestritten. Bedarf für eine Aufstockung sehen wir nicht, erst recht nicht, weil im AFP die strategischen und wachstumstechnischen Eckpunkte bereits abgebildet sind. Eine übermässige Präsenz bringt die Grundstimmung womöglich sogar zum Kippen und verunsichert die Bevölkerung. Wie die Regierung in der Stellungnahme zum Postulat ausführt, sind die beiden ersten Forderungen bereits erfüllt, und die dritte Forderung betreffend Nachwuchsförderung ist als «ständiger Auftrag» erfasst. Man könnte sich jetzt darüber streiten, ob man das Postulat deshalb ablehnen oder teilweise erheblich erklären sollte. Da sich die Thematik jedoch in einem Prozess befindet, scheint uns der eingeschlagene Weg richtig. Die GLP-Fraktion folgt der Regierung und unterstützt die teilweise Erheblicherklärung.

Anja Meier: Es war einmal im Jahr 2014, da hat dieser Rat die Aufstockung des Luzerner Polizeikorps um 50 Vollzeitstellen bewilligt. Die Polizei ging damals noch von einem Bedarf von 82 Stellen aus. Ursprünglich hätten die zusätzlichen Stellen bis 2019 geschaffen werden sollen, dann wurde es 2021, und mittlerweile sprechen wir von 2027. Im nächsten und übernächsten Jahr wird diese Aufstockung im AFP aus finanziellen Gründen sogar ausgesetzt. Aufgrund der coronabedingten Finanzlage kann es gut sein, dass sich die Aufstockung noch um weitere Jahre hinauszögern wird. Die Luzerner Polizei hat ein Problem: der Polizeibestand stagniert seit Jahren auf dem gleichen Niveau, obwohl die Bevölkerung zunimmt. Die Luzerner Polizeidichte ist im Vergleich zum gesamtschweizerischen Durchschnitt tief und nimmt weiterhin ab. In Anbetracht dieser unendlichen Geschichte hat sich bei der SP eine gewisse Frustration breitgemacht. Zu lange schon wurde in diesem Rat die Aufstockung des Polizeikorps in Aussicht gestellt, und zu lange wurde diese mit tatkräftiger Unterstützung des Konsolidierungsprogrammes 17 (KP17)

hinausgeschoben, als dass man jetzt meinen könnte, alles sei in Butter. Wieso ist eine Mehrheit der SP nur für die teilweise Erheblicherklärung? Daniel Rüttimann stellt in unseren Augen zwar die richtige Diagnose, greift aber zum falschen Heilmittel. Eine Aufstockung im Bereich der präventiven Uniformpolizeipräsenz ist unserer Ansicht nach nicht nötig. Das zeigen erstens die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage von Lustat von 2019, und zweitens teilen wir die Auffassung der Regierung, dass die aktuelle Anzahl Stunden präventiver Präsenz durch Uniformpolizei zufriedenstellend ist. Sie sollte ja auch im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens OE 2030 weiter erhöht werden. Für die SP ist es aber wichtig, dass mehr Ressourcen für sensible Bereiche wie häusliche Gewalt, Internet, Pädokriminalität oder Menschenhandel bereitgestellt werden. Diese Sicherheitsherausforderungen haben sich mit Corona noch einmal drastisch verschärft, und hier stockt der Ausbau teilweise massiv. Sicherheit ist multidimensional und lässt sich nicht allein mit zusätzlichen Polizeipatrouillen im öffentlichen Raum sicherstellen. Ehrlicherweise schreibt die Regierung in ihrer Stellungnahme dann auch, dass die aktuellen Herausforderungen mehr Investitionen in Personal und Infrastruktur nötig machen. Eine Mehrheit der SP will dafür grünes Licht geben, regt jedoch an, dass man im Rahmen der Nachwuchsförderung nicht nur in neue Social-Media-Kampagnen oder das Geld in teure Messeauftritte investiert. Für uns ist es zentral, dass die Luzerner Polizei vor allem im Vergleich zum privaten Sicherheitssektor als attraktiver Arbeitgeber positioniert wird. Dazu gehört für uns auch die Prüfung nicht monetärer und monetärer Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Pirmin Müller: Das Anliegen des Postulats unterstützen wir. Wir müssen aber doch festhalten, dass es offene Türen einrennt. Die Aufstockung des Polizeikorps wird gemäss Planungsbericht verlangt, und die entsprechenden Stellen sind eingestellt. Diese Forderungen sind bereits erfüllt. Auch bei der präventiven Präsenz sind wir auf sehr gutem Weg. Die Intensivierung der Personalrekrutierung ist sowieso ein ständiger Auftrag, und damit ist auch dies bereits auf dem Radar. Wir halten fest: sehr vieles ist in Umsetzung, trotzdem ist uns das Anliegen sehr wichtig. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung.

Valentin Arnold: Die G/JG-Fraktion wird die Regierung unterstützen und das Postulat teilweise erheblich erklären. In der Stellungnahme der Regierung wird sehr klar dargelegt, dass in den nächsten Jahren das Personal aufgestockt werden soll. Ob das reicht oder nicht, werden wir erst danach sehen. Aus den jetzigen Zahlen kann man sehen, dass die Luzerner Bevölkerung offenbar überdurchschnittlich brav ist. Solange dies so ist, reicht die sichtbare Polizeipräsenz. Das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung ist hoch. Mehr Patrouillen braucht es unserer Ansicht nach nicht. Es braucht mehr Polizei, aber an ganz anderen Orten. Die grossen Brocken sind die Wirtschaftskriminalität und die Cyberkriminalität, dort müsste man aufstocken. Dass der Rekrutierungsaufwand steigt, gibt auch die Regierung zu. Hier sehen wir auch ein Problem, und deshalb wird nachher noch ein Postulat von Noëlle Bucher behandelt werden, das Ausländer mit einer Niederlassungsbewilligung der Kategorie C in die Rekrutierung mit einbeziehen möchte. Man muss bedenken, dass rund jeder vierte Einwohner beziehungsweise jede vierte Einwohnerin keinen Schweizer Pass besitzt. Deshalb unterstützt die G/JG-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung.

Philipp Bucher: Sie haben es eilig und stehen am Rotlicht. Wie endlos lange müssen Sie warten, bis Sie endlich die Strasse überqueren können. Hätten Sie aber auf die Uhr geschaut, würden Sie feststellen, dass Sie weniger als eine Minute warten mussten. Ähnlich verhält es sich bei einem Unfall oder einem anderen Ereignis, bei welchem Sie auf den Notarzt, auf die Ambulanz oder auf die Polizei warten müssen. Im Postulat P 230 wird unter anderem festgehalten, dass bei Notfällen lange Interventionszeiten auftreten. Die Wartezeiten für die Betroffenen seien in der Nacht lang. Weiter wird kritisiert, dass die Luzerner Polizei die präventive Tätigkeit und sichtbare Präsenz nur ansatzweise leisten könne. Zudem wird festgehalten, dass es zunehmend schwierig sei, geeignete Nachwuchskräfte als Polizistinnen und Polizisten zu gewinnen – dies alles trotz dem Schwerpunkt 2 in der aktuellen Kantonsstrategie «Wir räumen dem Schutz der Bevölkerung eine hohe Priorität ein». Die FDP folgt bei diesem Postulat der Regierung und unterstützt die

teilweise Erheblicherklärung. Aus unserer Sicht sind die Ausführungen des Regierungsrates schlüssig und nachvollziehbar. Aus interkantonalen Vergleichen und Bevölkerungsbefragungen geht hervor, dass bei 84 Prozent das Sicherheitsgefühl eher bis sehr zufriedenstellend ist, dass 75 Prozent die polizeiliche Präsenz als angemessen beurteilen, und der messbare Indikator der Interventionszeit zeigt, dass bei fast 90 Prozent der Einsätze in unter 25 Minuten interveniert wird. Um die Forderungen des Vorstosses nach Personalaufstockung und präventiver Präsenz zu erfüllen, müssen die notwendigen Kräfte rekrutiert werden können. Es ist richtig, dass der Nachwuchsförderung lokal ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Einmal mehr muss aber festgestellt werden, dass sich die Rahmenbedingungen einerseits durch die Digitalisierung, andererseits auch durch das Mobilitätsverhalten und die gesellschaftlichen Entwicklungen ständig ändern. Gerade bei den letztgenannten Punkten müssen wir uns alle bewusst sein, dass wir als Gesellschaft insgesamt einer der Treiber sind. Auch die wachsende Bevölkerung trägt zu den wachsenden Herausforderungen bei. Begrüssenswert ist, dass die Luzerner Polizei mit der OE 2030 die durchschnittliche Interventionszeit auf weniger als 10 Minuten reduzieren will. Heute liegt sie bei 10,5 Minuten. Die Erhöhung um zwei Patrouillen wird auch unterstützt. Das geplante Sicherheitszentrum Rothenburg kann für die OE 2030 zweifellos einen grossen Nutzen haben. Die FDP hat bereits vor längerer Zeit Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Reduktion der Interventionszeit und die Erhöhung der Präsenz erreicht werden können. Ein Teil der Aufgaben könnte durch nicht als Polizistin oder Polizist ausgebildete Angehörige der Polizei wahrgenommen werden. Dies würde Ressourcen für die hoheitlichen Aufgaben der Polizei schaffen. Die FDP-Fraktion stimmt für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Zunächst möchte ich dem Postulanten danken. Ich finde es nützlich, auch wenn hier Widersprüchliches gehört wird. Die Polizei weiss, was sie zu machen hat. Auf der anderen Seite will die Politik Schwerpunkte setzen. Diese Diskussion darf hier stattfinden, und deshalb bin ich für Ihre Rückmeldungen dankbar. Zum Thema Ressourcen: Ja, wir brauchen mehr Ressourcen, und diese sind im AFP eingestellt, bescheiden, aber kontinuierlich. Die Situation ist für niemanden ganz befriedigend, aber sie ist der Machbarkeit geschuldet. Wir wollen die Aufstockung weitertreiben. Wie jede Organisation ist auch die Polizei gefordert, immer wieder die Organisationsstrukturen zu überprüfen und den Herausforderungen anzupassen. Ich finde es schade, wenn man die OE als Auspressen der Zitrone darstellt. Das darf es nicht sein. Zur OE gehört, dass man auch mit der Digitalisierung arbeitet. Wir haben im Sicherheitsbereich noch sehr viele archaische Prozesse, die man mit der Digitalisierung vereinfachen kann, zum Beispiel dass Polizeirapporte ohne Medienbruch gemacht werden können. Da gibt es einen grossen Produktivitätsgewinn, und diesen wollen und müssen wir erzielen. Organisationsentwicklung ist eine Daueraufgabe. Man muss immer wieder umsetzen und konsolidieren und von Zeit zu Zeit justieren. Zudem brauchen wir auch Investitionen. Wenn man mit den Ressourcen umsichtig umgehen will, muss man investieren. Deshalb danke ich jetzt schon für die Unterstützung des Sicherheitszentrums Rothenburg, wo wir Synergien nutzen wollen. Es wurde auch diskutiert, ob die präventive Präsenz genügt oder nicht. Wir haben im Moment bezüglich präventiver Präsenz eine befriedigende Situation, besser als im Budget. Wir messen das auch mit Indikatoren, damit die Politik nicht nur die Mittel gewährt, sondern auch die Leistung dahinter sehen kann. Wir haben eine gute Aufklärungsquote, wir haben befriedigende Interventionszeiten, aber wir wollen grundsätzlich noch besser werden, und das wollen wir mit zwei Schritten erreichen, nämlich mit der OE und einer bescheidenen Aufstockung der Ressourcen. Die Herausforderungen im Sicherheitsbereich sind gewaltig, und wir werden später noch darüber sprechen. Besonders Sexualdelikte und Cyberkriminalität sind grosse Herausforderungen. Es ist richtig, dieses Postulat teilweise erheblich zu erklären. Wir haben bereits einiges erreicht, und im Bereich der Gewinnung von Nachwuchskräften darf und muss man noch einiges machen. Ich danke Ihnen für die teilweise Erheblicherklärung dieses Postulats.

Der Rat erklärt das Postulat mit 103 zu 6 Stimmen teilweise erheblich.